

Unterflurlösung: Landtag legt

Neos-Antrag für Bekenntnis zur Unterflurlösung blieb im Ausschuss ohne Mehrheit. Dennoch zeigte sich der pinke Verkehrssprecher Garry Thür zufrieden.

Von Michael Steinlechner
michael.steinlechner@neue.at

Kein Bekenntnis zur Unterflurlösung für die Bahntrasse im Großraum Bregenz wird es seitens des Landtags geben. Das ist das Ergebnis der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses am Mittwoch. Die Neos-Fraktion hatte in einem Antrag ein solches Bekenntnis gefordert. Beschlossen wurde gestern dagegen eine Ausschussvorlage zu dem Thema, in welcher sich das Landesparlament für einen Ausbau der Bahninfrastruktur im unteren Rheintal stark macht. Die Umsetzung solle dann in einem ergebnisoffenen Prozess ausgearbeitet werden.

Neos-Verkehrssprecher Garry Thür zeigte sich mit dem Ergebnis der Ausschusssitzung dennoch zufrieden. Der pinke Antrag habe immerhin den Anstoß dafür geliefert, „dass auf

Landesebene nun Bewegung in das Thema ‚mehrgleisiger grenzüberschreitender Bahnausbau‘ kommt und dafür endlich ein konkretes Projekt definiert wird“, teilte er in einer Aussendung mit. Die Neos seien nach wie vor davon überzeugt, dass es eine proaktive Weiterentwicklung der unterirdischen Bahnvariante brauche. An der Ausschussvorlage sei zumindest positiv, dass seitens der schwarz-grünen Regierung ein Fahrplan vorgelegt werde, wie mit dem Projekt umgegangen werden soll. Ebenso begrüßte Thür, dass die Regierung die Unterflurvariante „nicht kategorisch ausschließt“.

Kritik an fehlendem Mut. Der Landtagsabgeordnete bedauerte jedoch auch, dass Schwarz-Grün der Mut zu einem klaren Bekenntnis zur Unterflurtrasse gefehlt habe. Dadurch werde der Prozess zum Leidwesen der



betroffenen Gemeinden sowie der heimischen Unternehmen verzögert. Thür störte vor allem, dass bisherige Machbarkeitsstudien nicht berücksichtigt worden seien. Immerhin sei die Unterflurvariante bereits 2002 als Bestvariante identifiziert worden.

Die am Mittwoch einstimmig beschlossene Ausschussvorlage enthält ein Bekenntnis zum Ausbau der Schieneninfrastruktur. Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen für „einen zukunftsfähigen grenzüberschreitenden Schienenverkehr“ konsequent

Holz soll auch weiterhin voll als erneuerbarer Energieträger anerkannt sein, fordert der Landtag.

REUTERS/
LUKAS BARTH



BIOMASSE

Kritik an Haltung der EU zur Holznutzung

Landtag bekennt sich auf Initiative der Freiheitlichen zur Nutzung von Holz als Energieträger.

Gegen Einschränkungen bei der Nutzung von heimischem Holz als Energieträger spricht sich der Vorarlberger Landtag aus. Ein entsprechender Antrag der Freiheitlichen wurde im Volkswirtschaftlichen Ausschuss einstimmig angenommen.

Hintergrund sind Debatten auf EU-Ebene über die Nachhaltigkeit von und den Umgang mit Biomasse. Der Landtag bekennt

sich auf Initiative der FPÖ „zur heimischen Waldwirtschaft, zur Vorarlberger Waldstrategie 2030+ und zur damit zusammenhängenden Nutzung von Holz-Biomasse als Energieträger und Eckpfeiler der Energieautonomie“. Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, sich bei der zuständigen Ministerin Leonore Gewessler (Grüne) für das heimische Holz stark zu machen. Sie soll bei den Verhandlungen

sich nicht fest



Der Landtag will den Bahnausbau im unteren Rheintal – egal ob unterirdisch oder oberirdisch. STIPILOVSEK

riante zur Umsetzung erarbeitet werden soll. Dabei sollen mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Unter anderem müsse die Grundwasserversorgung geschützt werden. Auch die Eingriffe in Eigentumsrechte sollen möglichst gering gehalten werden. Nicht zuletzt sollen längere Sperren des Bahnbetriebs verhindert und das Projekt einem Klimacheck unterzogen werden.

Keine Raketenwissenschaft. Thür hielt die Einhaltung gewisser Rahmenbedingungen ebenfalls für sinnvoll. Zugleich wies er darauf hin, dass eine Unterflurlösung zwar ein aufwändiges Projekt sei, aber eben auch keine Raketenwissenschaft. Es gebe weltweit Beispiele, dass bei beengten Platzverhältnissen die Lebensqualität steige, wenn der Bahnverkehr unterirdisch verlaufe.

weiterzuerfolgen. Ebenso sollen die Kapazitätserweiterungen für den Personen- und Güterverkehr in das „Zielnetz 2040“ des Bundes aufgenommen werden. In weiterer Folge soll dann im unteren Rheintal der bereits erwähnte ergebnisoffene Prozess starten, in welchem die Bestva-

auf EU-Ebene sicherstellen, dass heimische Biomasse auch künftig voll als erneuerbarer Energieträger anerkannt und der Ausbau weiterhin zur Gänze gefördert wird.

Regionale Wertschöpfung. Scharfe Kritik übte FPÖ-Energiesprecher Daniel Allgäuer im Anschluss an die gestrige Ausschusssitzung an der Haltung der EU. Deren Energiepolitik sei „nur mehr absurd“. Während Atomkraftwerke als „grüne Energie“ eingestuft würden, werde das Heizen mit Biomasse als schädlich angesehen. Dabei sei das heimische Holz nicht nur ein maßgeblicher Faktor, um die Energieautonomie zu errei-

chen, sondern sie Sorge zudem für regionale Wertschöpfung. Die sinnvolle Nutzung des Rohstoffs dürfe nicht durch die EU eingeschränkt werden, betonte Allgäuer.

Den einstimmigen Beschluss im Landtagsausschuss nahm der FPÖ-Energiesprecher erfreut zur Kenntnis. Mit dem Bekenntnis des Landtages werde nicht nur die Wertschätzung gegenüber der heimischen Holzwirtschaft „als zentraler Partner auf unserem gemeinsamen Weg zur Energieautonomie“ zum Ausdruck gebracht. Das Landesparlament setze mit dem Beschluss auch ein deutliches Zeichen „gegen sinnbefreite EU-Vorgaben“, meinte Allgäuer.

KINDER UND JUGENDLICHE

Für Kinderbetreuung, gegen Cybermobbing

Schwarz-grüne Koalition hatte die beiden Themen in gemeinsamen Anträgen aufgegriffen.

Um Kinder und Jugendliche ging es am Mittwoch in zwei Anträgen, welche im Volkswirtschaftlichen beziehungsweise Sozialpolitischen Ausschuss des Landtags diskutiert wurden. Beide waren von den Regierungsparteien eingebracht worden. Im ersten ging es um eine Initiative, welche bereits vor einigen Wochen vorgestellt worden ist. Diese soll dazu beitragen, die Wirtschaft in Sachen Kinderbetreuung mit ins Boot zu holen und für ein noch stärkeres Engagement zu motivieren. Der zweite Antrag behandelte die Frage des Cybermobbings.

ÖVP-Wirtschaftssprecherin und Landtagsvizepräsidentin Monika Vonier zeigte sich erfreut darüber, dass die Forderungen in Sachen Kinderbetreuung mit breiter Mehrheit angenommen wurden. In dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit der Wirtschaft und dem Gemeindeverband eine Initiative zum Thema „Betriebliche Kinder-/Schüler- und Ferienbetreuung“ zu starten. Einerseits sollen Unternehmen besser darüber informiert werden, welche Möglichkeiten es be-



ÖVP-Abgeordnete Monika Vonier. ÖVP

reits gibt, um Kinderbetreuungsangebote zu schaffen. Andererseits sollen die bestehenden Rahmenbedingungen etwa in Sachen Förderungen aus dem Blickwinkel der Wirtschaftstreibenden unter die Lupe genommen und wenn möglich verbessert werden.

Kampf gegen Cybermobbing. Einstimmig angenommen wurde der schwarz-grüne Antrag im Sozialpolitischen Ausschuss. In diesem geht es darum, junge Menschen besser vor Cybermobbing zu schützen und Aufklärungsarbeit darüber zu leisten. So wird im Antrag die Landesregierung dazu aufgefordert, die vorhandenen Beratungs- und Informationsangebote gegen Gewalt und Mobbing in der Schule zu erfassen. In einem weiteren Schritt sollen über die vom Land eingerichtete Mobbingkoordinationsstelle Präventionsmaßnahmen erarbeitet werden. Außerdem soll die „Erste-Hilfe-App“ der EU-Initiative „klicksafe“ in Sachen Cybermobbing für Vorarlberg adaptiert und hier bekannt gemacht werden.



Unternehmen sollen zu mehr Engagement in Sachen Kinderbetreuung motiviert werden.

APA/NEUBAUER